



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von
Urheberrechten und verwandten Schutzrechten ESchK**
**Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et
de droits voisins CAF**
**Commissione arbitrale federale per la gestione dei diritti d'autore e
dei diritti affini CAF**
**Cumissiun federala da cumpromiss per la gestiun da dretgs d'autur
e da dretgs cunfinants CFDC**

**Beschluss vom 10. November 2014
betreffend den Gemeinsamen Tarif S (GT S)**

Sender

I. In tatsächlicher Hinsicht hat sich ergeben:

1. Die Suisa reichte mit Datum vom 23. Mai 2014 namens und im Auftrag von Suisa und Swissperform ein Gesuch vom 14. Mai 2014 um Genehmigung eines neuen GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 ein mit einer vorgesehenen Gültigkeitsdauer von drei Jahren, das heisst vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 einschliesslich einer automatischen Verlängerungsklausel. Gleichzeitig wurde als vorsorgliche Massnahme beantragt, der am 4. November 2010 von der Schiedskommission genehmigte und am 7. Oktober 2013 verlängerte GT S sei vorsorglich bis zum Ablauf der Beschwerdefrist gegen den Beschluss der Schiedskommission im vorliegenden Verfahren zu verlängern – unter dem Vorbehalt der definitiven Abrechnung gemäss dem von der Schiedskommission zu genehmigenden Tarif.
2. Zur Ausgangslage führte die Suisa aus, die Schiedskommission habe den geltenden GT S am 4. November 2010 mit einer ursprünglichen Gültigkeitsdauer von drei Jahren (1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013) genehmigt. Die seitens Swissperform gegen den Entscheid der ESchK dagegen erhobene Beschwerde sei mit dem Urteil des BGer 2C_783/2013 vom 27. Februar 2014 rechtskräftig abgewiesen worden. Am 7. Oktober 2013 sei die Gültigkeitsdauer des GT S [2010–2013] für das laufende Jahr 2014 um ein Jahr verlängert worden. Mit E-Mail vom 25. Februar 2013 hätten Suisa und Swissperform mit den Verhandlungspartnern (VSP, RRR, UNIKOM, ISI, Telesuisse und die «Association Suisse des Radios Numériques» [im Folgenden: «ASROC»]) die Verhandlungen betreffend einen neuen GT S aufgenommen. Den Verhandlungspartnern sei ein Tarifentwurf vorgelegt worden, der im Vergleich zur geltenden Version nebst redaktionellen insbesondere diese Änderungen gebracht habe: eine Verringerung des maximalen Akquisitionsabzugs für Werbekosten, eine Erhöhung der Entschädigung für die verwandten Schutzrechte, einen Rabatt für die Sender, die vollständige Rechenschaft in der von den Verwertungsgesellschaften gewünschten Form ablegen, und Änderungen bezüglich der zu deklarierenden Daten und deren Aufbereitung. Die Verhandlungen hätten zwar keine Einigung mit VSP, RRR und Telesuisse gebracht, jedoch hätten sich ISI, ASROC und UNIKOM mit dem Tarif einverstanden erklären können.
3. Unikom verzichtete in einer Eingabe vom 26. August 2014 auf eine Stellungnahme zu den strittigen Punkten des Tarifs, behielt sich jedoch vor, gegebenenfalls in einer mündlichen Verhandlung ihren Standpunkt einzubringen, falls sie im weiteren Verfahrensverlauf die

Interessen ihrer Mitglieder tangiert sähe oder den Tarif insgesamt als problematisch erachte.

4. ASROC erklärte sich mit Schreiben vom 29. August 2014 mit dem Tarif in Anhang 51 des Gesuchs vom 14. Mai 2014 einverstanden – ebenso mit den beantragten vorsorglichen Massnahmen.
5. Mit Schreiben vom 31. August 2014 nahmen VSP und RRR gemeinsam folgendermassen Stellung:

«1. Die Nutzerverbände VSP und RRR beantragen die Nichtgenehmigung des von den Gesuchstellerinnen eingegebenen Tarifentwurfs.

2. Die Nutzerverbände VSP und RRR beantragen stattdessen die Genehmigung des Tarifentwurfs von VSP/RRR vom 28.04.2014.

3. Eventualiter beantragen die Nutzerverbände VSP und RRR die Verlängerung des unveränderten bisherigen Tarifs um mindestens fünf Jahre oder aber subeventualiter die Streichung der von den Gesuchstellerinnen vorgeschlagenen Ziffern 8.2 (2. und 3. Satz) sowie 9, und das Beibehalten der Ziffer 9 in ihrer früheren Form.»

Subsubeventualiter beantragten VSP und RRR folgende Ergänzung des Wortlauts der bisherigen Tarifziffer 9 [vgl. Rz. 14 der Stellungnahme]: «Von den Einnahmen aus Aufträgen für Werbung, Sponsoring, Mitteilung und Anzeigen können die effektiven Kosten für das Einholen dieser Aufträge abgezogen werden, höchstens jedoch 40% der von den Auftraggebern bezahlten Beträge. Nicht abzugsfähig sind Marketingkosten.»

6. Telesuisse beantragte am 1. September 2014, das Gesuch von Suisa und Swissperform einschliesslich sämtlicher Verfahrensanträge abzuweisen und den derzeit gültigen GT S um drei Jahre zu verlängern. Eventualiter seien die Ziffern 8.2 und 9 des GT S in der derzeit gültigen Fassung beizubehalten. Subeventualiter seien im Sinne einer Kompromisslösung die Einnahmen aus Empfangsgebühren («Gebührensplitting») aus der Liste der anrechenbaren Einnahmen in Ziffer 8.1 des neuen GT S zu streichen, der Vertragsrabatt in Ziffer 22 der von den Verwertungsgesellschaften vorgelegten Fassung angemessen zu erhöhen und/oder die Prozentsätze (gemäss Ziffer 13 und 15 des neuen GT S) angemessen zu senken, sodass gesamthaft betrachtet über die gesamte Dauer lediglich eine Erhöhung der Vergütung im Umfang von 1 bis 3 Prozent erfolge. Ferner stellte Telesuisse den Verfahrensantrag, es sei der derzeit gültige GT S im Sinne einer Übergangsregelung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens zu verlängern – ohne Vorbehalt und/oder Einschränkungen.

7. Mit Schreiben vom 30. September 2014 verzichtete die Preisüberwachung (PUE) auf eine formelle Empfehlung, legte aber einige grundsätzliche Überlegungen dar. Im Ergebnis hielt die PUE fest, angesichts der Angebote der Verwertungsgesellschaften und der Nutzerverbände anlässlich der Verhandlungen schein eine Reduktion der Prozentsätze unter Ziffer 13 um 15 Prozent und ein Vertragsrabatt von mindestens 5 Prozent als ernsthaft zu prüfende Alternative. Die Mehreinnahmen aufgrund des beantragten Systemwechsels, die teilweise auch aus ungewollten Abgrenzungsproblemen bei den Bruttowerbeeinnahmen resultieren dürften, könnten damit reduziert werden. Die Übergangslösungen in Ziffer 9 zur Staffelung der Wirkung sowie die Überblendungsabzüge bei den Musikanteilen in Ziffer 33 würden diesfalls hinfällig, was der Verständlichkeit des komplexen Tarifs zugutekäme.

8. Mit Eingabe vom 30. Oktober 2014 änderten Suisa und Swissperform ihre Anträge wie folgt:

«A) Principalement, d'approuver le tarif commun S dans sa version du 14 mai 2014, conformément à la conclusion 1 de leur requête du 23 mai 2014 ;

B) subsidiairement, d'approuver ce tarif commun S mais avec un nouveau chiffre 9 ayant la teneur suivante :

« pour l'établissement des revenus déterminants pour le calcul des redevances, les déductions suivantes peuvent être effectuées sur les recettes publicitaires :

2015	25% des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2
2016	20% des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2
dès 2017	15% des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2»

C) plus subsidiairement encore, en cas de rejet des conclusions A) et B) ci-dessus et de prolongation du tarif actuel, de remplacer les chiffres 16 et 22 du tarif actuel par les chiffres 16 et 24 (ce dernier devenant le chiffre 22) du projet de nouveau tarif commun S dans sa version du 14 mai 2014 ;

D) d'accepter la requête de mesures provisionnelles figurant sous conclusion 2 de leur requête du 23 mai 2014, étant précisé que ces mesures provisionnelles devront valoir jusqu'à l'échéance du délai de recours contre la décision écrite de la Commission arbitrale sur les conclusions mentionnées ci-dessus, et sous réserve de décompte définitif selon le tarif qui résultera de cette décision ;

E) de rejeter toutes les autres conclusions de leurs partenaires de négociation. »

-
9. Anlässlich der Sitzung vom 10. November 2014 bestätigten die Parteien ihre Anträge mit Ausnahme von VSP und RRR. Diese stellten neu die folgenden gemeinsamen Anträge:
1. Es sei der von den Verwertungsgesellschaften mit Eingabe vom 23.5.2014 zur Genehmigung unterbreitete Entwurf des Gemeinsamen Tarifs S (Gesuchsbeilage 4 bis 6) nicht zu genehmigen.
 2. Es sei stattdessen der geltende Gemeinsame Tarif S (GTS 2011 bis 2014) um fünf Jahre bis zum 31.12.2019 zu verlängern.
 3. Eventualiter sei der von den Verwertungsgesellschaften mit Eingabe vom 23.5.2014 zur Genehmigung unterbreitete Entwurf des Gemeinsamen Tarifs S (Gesuchsbeilage 4 bis 6) mit folgenden Änderungen zu genehmigen:
 - Ziffer 8.2 sei durch Ziffer 8.2 des geltenden Tarifs (GT S 2011 bis 2014) zu ersetzen;
 - Ziffer 9 sei durch Ziffer 9 des geltenden Tarifs (GT S 2011 bis 2014) zu ersetzen;
 - Ziffer 42 habe eine Gültigkeitsdauer vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2019 vorzusehen.
 4. Falls das Genehmigungsverfahren nicht zu einer Einigung führt, sei als provisorische Massnahme der geltende Gemeinsame Tarif S bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Entscheids zu verlängern.
10. Auf die unterschiedlichen Standpunkte der Tarifparteien wird – soweit erforderlich – im Rahmen der Erwägungen einzugehen sein.
11. Der zur Genehmigung vorgelegte GT S (Sender) hat in der mit Gesuch vom 14. Mai 2014 vorgelegten Fassung in deutscher und französischer Sprache den folgenden Wortlaut:

SUISA

Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik

SWISSPERFORM

Schweizerische Gesellschaft für die verwandten Schutzrechte

**Gemeinsamer Tarif S ab 2015,
Fassung vom 14.05.2014**

Sender

Genehmigt von der Eidgenössischen Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten am _____ und veröffentlicht im Schweizerischen Handelsamtsblatt Nr. _____ vom _____.

Geschäftsführende Verwertungsgesellschaft

SUISA

Bellariastrasse 82, 8038 Zürich, Telefon +41 44 485 66 66, Fax +41 44 482 43 33
Av. du Grammont 11bis, 1007 Lausanne, Téléphone +41 21 614 32 32, Fax +41 21 614 32 42
Via Soldino 9, 6900 Lugano, Telefono +41 91 950 08 28, Fax +41 91 950 08 29

<http://www.suisa.ch> E-Mail: suisa@suisa.ch

A. Kundenkreis

- 1 Dieser Tarif richtet sich an Unternehmen, welche Radio- und/oder Fernsehprogramme senden oder direkt in Kabelnetze einspeisen.

Sie werden nachstehend als "Sender" bezeichnet.

B. Gegenstand des Tarifs

- 2 Der Tarif bezieht sich auf die Nutzung von

- durch Urheberrechte geschützten Werken der nichttheatralischen Musik – mit oder ohne Text – des von der SUIISA verwalteten Weltrepertoires (nachstehend "Musik")
- durch verwandte Schutzrechte geschützten im Handel erhältlichen Ton- oder Tonbildträgern.

- 3 Der Tarif bezieht sich auf die folgenden Verwendungen:

- Senden (terrestrisch, durch direktes Einspeisen und Verbreiten in Kabelnetzen oder über Satelliten)
- Zeitgleiches und unverändertes Einspeisen und Senden von Werken und Leistungen im Internet und in anderen IP-basierten Netzen durch den Sender parallel zum Senden (Simulcasting)
- Direktes Einspeisen und Senden von Werken und Leistungen im Internet und anderen IP-basierten Netzen ohne parallele Sendung (Webcasting)
- Zugänglichmachen von in ausgestrahlten Sendungen enthaltenen Werken und Leistungen im Internet und anderen IP-basierten Netzen zum on-demand Abruf im Sinne von Art. 22c URG.
- Hinsichtlich der Urheberrechte: Aufnahme oder Überspielung auf Ton- oder Tonbildträger durch den Sender; diese Träger dürfen nur zum Senden, Verbreiten und Zugänglichmachen gemäss diesem Tarif und zu den entsprechenden Nutzungen anderer Sender verwendet werden, mit denen die SUIISA oder eine ihrer ausländischen Schwestergesellschaften Verträge schloss; für alle anderen Verwendungen bedarf es einer besonderen Bewilligung der SUIISA.
- Hinsichtlich der verwandten Schutzrechte: Vervielfältigung von auf im Handel erhältlichen Ton- und Tonbildträgern festgehaltenen Aufnahmen der nicht theatralischen Musik zur Sendung im Sinne von Art. 24b Abs. 1 und 2 URG sowie zum Zugänglichmachen im Sinne von Art. 22c Abs. 2 URG, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dieser Bestimmungen vorliegen.
- Hinsichtlich der Sendung und der Vervielfältigung zum Zweck der Sendung ebenso wie für das Zugänglichmachen im Sinne von Art. 22c URG sind nur Nutzungen von Leistungen in diesem Tarif geregelt, soweit sie dem schweizerischen Recht unterstehen. SUIISA und SWISSPERFORM gewähren keinerlei Rechte für die Sendung, Verbreitung und das Zugänglichmachen von Werken, Darbietungen und Aufnahmen ausserhalb des Staatsgebietes der Schweiz.

- 4 SUISA und SWISSPERFORM verfügen nicht über die Persönlichkeitsrechte der Berechtigten: Der Sender beachtet diese Persönlichkeitsrechte, insbesondere bei der Vertonung audiovisueller Produkte.

SWISSPERFORM verfügt nicht über die ausschliesslichen Rechte der Interpreten und der Tonträgerhersteller.

Die Vertonung von Spielfilmen, Fernsehserien, Werbesendungen und ähnlichen Produktionen mit Reklamecharakter bedarf stets einer besonderen Bewilligung der Verwertungsgesellschaften oder der Rechteinhaber.

- 5 Vom Tarif ausgenommen sind die in anderen Tarifen geregelten Sendungen und Verbreitungen, insbesondere
- Sendungen der SRG
 - Sendung und Verbreitung von sogenannten Pay-Radio- und Pay-TV-Programmen
 - Weiterverbreitung von Sendungen in Kabelnetzen oder durch Umsetzer

C. Verwertungsgesellschaften, gemeinsame Zahlstelle

- 6 Die SUISA ist für diesen Tarif Vertreterin und gemeinsame Zahlstelle auch für SWISSPERFORM.

D. Vergütung

a) Berechnungsbasis

- 7 Die Vergütung wird in der Regel in Prozenten der Einnahmen des Senders berechnet (unter Vorbehalt von Ziffer 10).

Zuschläge für die

- 7.1 Vervielfältigungen von Darbietungen und Aufnahmen von Werken nicht theatralischer Musik zu Sendezwecken nach Art. 24b URG:

Für Sender im Sinne von Art. 2 lit. d RTVG erhöhen sich die gemäss Ziffer 13.2 sowie Ziffer 16.1 und 16.2 berechneten Vergütungen für die Nutzung der verwandten Schutzrechte um 20 %,

- 7.2 Nutzung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten im Zusammenhang mit dem Zugänglichmachen von in ausgestrahlten Sendungen enthaltenen Werken und Leistungen im Internet und anderen IP-basierten Netzen zum on-demand Abruf im Sinne von Art. 22c URG:

Für Sender, die in ausgestrahlten Sendungen enthaltene Werke und Leistungen im Sinne von Art. 22c URG zugänglich machen, erhöhen sich die gemäss Ziffer 13.1 sowie Ziffer 15 berechneten Vergütungen für die Nutzung der Urheberrechte sowie die gemäss Ziffer 13.2 sowie Ziffer 16 in Verbindung mit Ziffer 7.1 berechneten Vergütungen für die Nutzung der verwandten Schutzrechte um jeweils 0.5 %.

8 Einnahmen

8.1 Einnahmen im Sinne des Tarifs sind alle geldwerten Leistungen, welche auf Grund der Sendetätigkeit und/oder auf Grund der Mitteilung in Netzen eingenommen werden. Zu diesen Einnahmen zählen insbesondere:

- Werbeeinnahmen
- Einnahmen aus der Sendung von Mitteilungen und Anzeigen
- Einnahmen aus dem Verkauf von Sendeplätzen
- Sponsorbeiträge
- durch Bartering erhaltene Leistungen (als solche gilt der Nettowert der vom Sender zur Verfügung gestellten Leistung)
- Einnahmen aus Ausseneinsätzen, (z. B. Sendungen von Messen, Ausstellungen, Dorffesten etc.
- Einnahmen aus der Zuhörer-/Zuschauerbeteiligung (Telekiosk-/Gebührennummern; z. B. Ted- oder SMS-Umfrage). Als Einnahmen gelten die dem Sender zufließenden Beträge.
- Einnahmen aus Empfangsbewilligungen (Gebührensplitting, Art. 40 RTVG) und sonstige Beiträge und Finanzhilfen gemäss RTVG
- Subventionen, beanspruchte Defizitgarantien und andere Zuwendungen, die zur Finanzierung der Sendetätigkeit dienen.

8.2 Zu den Einnahmen im Sinne von Ziffer 8.1 dieses Tarifs zählen auch Einnahmen von Drittfirmen, insbesondere von Produktionsfirmen oder Werbeakquisitionsfirmen, soweit sie auf Grund der Sende-/Mitteilungstätigkeit des Senders eingenommen werden. Massgebend sind die Bruttoeinnahmen dieser Drittfirmen. Als Bruttoeinnahmen gelten die den Werbetreibenden bzw. Kunden von diesen Firmen in Rechnung gestellten Beträge.

9 Vom Werbeertrag nach Ziffer 8.1 und 8.2 können für die Ermittlung des für die Vergütungsberechnung massgeblichen Ertrages die folgenden Abzüge getätigt werden:

2015	25 % des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrages
2016	15 % des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrages
2017	7 % des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrages

10 Die Vergütung wird in Prozenten des Betriebsaufwands (Kosten aller mit dem Senden verbundenen Tätigkeiten) des Senders berechnet,

- wenn sich die Einnahmen nicht ermitteln lassen oder keine Einnahmen erzielt werden
- wenn der Sender im Voraus davon ausgeht, die Kosten ganz oder teilweise aus eigenen Mitteln zu decken.

11 Veranaltet der Sender mehrere selbständige Programme, werden die Einnahmen oder die Kosten nach Möglichkeit den Programmen zugewiesen für welche sie angefallen sind. Die nachstehenden Bestimmungen über die Prozentsätze, bzw. die Mindestentschädigung, sind auf jedes Programm einzeln anzuwenden. Die Bezeichnung „Sender“ bezieht sich im Folgenden auch auf diejenigen Unternehmenseinheiten eines Senders, welche ein selbständig im Sinne dieser Bestimmungen abrechnungsfähiges Programm verbreiten.

- 12 Sofern Einnahmen dem Sender gesamthaft zukommen, werden diese im Verhältnis der von der Kontrollstelle des Senders bestätigten Kosten auf die einzelnen Programme verteilt.

b) Radio-Programme

- 13 Der Prozentsatz beträgt für

13.1. Urheberrechte an Musik

- 13.1.a Sender mit Bruttowerbeeinnahmen von mehr als CHF 4 Mio. jährlich.

Für Programme mit einem Anteil geschützter Musik an der Sendezeit von

weniger als 20 %	1 %
20 % bis weniger als 30 %	2 %
30 % bis weniger als 40 %	3 %
40 % bis weniger als 50 %	4 %
50 % bis weniger als 60 %	5 %
60 % bis weniger als 70 %	6 %
70 % bis weniger als 80 %	7 %
80 % bis weniger als 90 %	8 %
90 % und mehr	9 %

- 13.1.b Sender mit Bruttowerbeeinnahmen von unter CHF 4 Mio. jährlich.

Für Programme mit einem Anteil geschützter Musik an der Sendezeit von

weniger als 10 %	1 %
10 % bis weniger als 30 %	2 %
30 % bis weniger als 50 %	3 %
50 % bis weniger als 70 %	5 %
70 % bis weniger als 90 %	7 %
90 % und mehr	9 %

- 13.1.c Als Bruttowerbeeinnahmen gelten Werbeeinnahmen, Sponsorbeiträge sowie Einnahmen aus der Sendung von Mitteilungen und Anzeigen im Sinne von Ziffer 8.1 und 8.2

- 13.1.d Als Anteil geschützter Musik gilt der Anteil der über den Sender ausgestrahlten Musik des Repertoires der SUISA an der Gesamtsendezeit unter Einschluss der in internen und externen Sendungs- und Programmübernahmen enthaltenen Musik.

13.2 verwandte Schutzrechte

Der Prozentsatz beträgt für die verwandten Schutzrechte 30 % der nach Ziffer 13.1 a und Ziffer 13.1b geltenden Prozentsätze für die Urheberrechte. Der Anteil geschützter Musik entspricht dem Anteil der über den Sender ausgestrahlten Musik des Repertoires der SWISSPERFORM an der Gesamtsendezeit unter Einschluss der in internen und externen Sendungs- und Programmübernahmen enthaltenen Musik.

13.3 Ermässigung für finanzschwache Sender

Radiosender mit lediglich lokaler Verbreitung erhalten auf den in Ziffer 13.1.b genannten Vergütungssätzen und den entsprechenden Ansätzen gemäss Ziffer 13.2 eine Reduktion von 10 %, wenn sich die Einnahmen auf nicht mehr als CHF 700'000 pro Jahr belaufen.

14 Amateur-Webradios

Für Webradios

- die von Personen nicht berufsmässig in ihrer Freizeit betrieben werden,
- auf die maximal 6000 gleichzeitige Zugriffe möglich sind,

wird die Vergütung pauschal in Prozenten der Einnahmen gemäss Ziffer 8 berechnet.

Der Prozentsatz für die Nutzung von Urheberrechten beträgt 6 %, für die Nutzung von verwandten Schutzrechten 2 %, mindestens jedoch pro Programm und pro Monat:

- für Urheberrechte: CHF 60.00
- für verwandte Schutzrechte: CHF 60.00

Für diese Webradios sind die Mindestentschädigungen nach Ziffer 18 nicht anwendbar.

Für Webradios, auf die mehr als 6000 gleichzeitige Zugriffe möglich sind, gelten die normalen Entschädigungen nach Ziffer 7 ff (zusätzlich die anwendbaren Erhöhungen nach Ziffern 7.1 und 7.2) und Ziffer 18.

c) Fernseh-Programme

15 Der Prozentsatz beträgt für Urheberrechte an Musik

- Programme, in denen zu mehr als 2/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden 6.6 %
- Programme, in denen zu mehr als 1/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden 3.3 %
- Programme, in denen fast ausschliesslich Spiel- und Fernsehfilme gezeigt werden 1.32 %
- Programme, in denen die Dauer der Musik nicht mehr als 10 % der gesamten Sendedauer beträgt, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 0.4 %

- Programme mit einer Musikdauer von über 10 % und nicht mehr als 20 %, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 1 %
 - andere Programme 2 %
- 16 Der Prozentsatz beträgt für verwandte Schutzrechte
- 16.1 für die Nutzung von im Handel erhältlichen Tonträgern:
- Programme, in denen fast ausschliesslich Spiel- und Fernsehfilme gezeigt werden 0.06 %
 - Programme, in denen die Dauer der Musik nicht mehr als 10 % der gesamten Sendedauer beträgt, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 0.12 %
 - Programme mit einer Musikdauer von über 10 % und nicht mehr als 20 %, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 0.18 %
 - andere Programme 0.36 %
- 16.2 für die Nutzung von Musikfilmen, Konzertfilmen und Videoclips
- Programme, in denen zu mehr als 2/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden 3 %
 - Programme, in denen zu mehr als 1/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden 1.5 %
- 16.3 Für nicht unter Ziffer 16.2 fallende Sender beträgt der Prozentsatz für verwandte Schutzrechte für die Nutzung von im Handel erhältlichen Tonbildträgern:
- Sender, die an mehr als 300 Tagen pro Jahr Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbildträger senden 0.100 %
 - Sender, die an mehr als 150 aber weniger als 300 Tagen pro Jahr Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbildträger senden 0.050 %
 - Sender, die an mehr als 75 aber weniger als 150 Tagen Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbildträger senden 0.025 %
 - Sender, die an mehr als 30 aber weniger als 75 Tagen Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbildträger senden. 0.010 %
 - Sender, die an höchstens 30 Tagen Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbildträger senden. 0.005 %
- 17 Fernseh-"Programm" ist die übliche, in der Regel publizierte Programmzeit ohne Test-, Text- oder Standbilder.

Erhält der Sender jedoch aus der Sendung von Text- oder Standbildern Einnahmen (z. B. aus Werbung, Sponsoring etc.) und werden diese Sendungen mit Musik

und/oder im Handel erhältlichen Tonträgern unterlegt, so werden sie als Bestandteil des Programms betrachtet und bei der Berechnung der Prozentsätze gemäss Ziffer 15 und 16 berücksichtigt.

d) Mindestentschädigung

18 Die Entschädigung beträgt monatlich mindestens

- für Radio-Sender
CHF 100.00 für Urheberrechte CHF 100.00 für verwandte Schutzrechte
- für Fernseh-Sender mindestens
CHF 100.00 für Urheberrechte CHF 30.00 für verwandte Schutzrechte

Beschränkt sich die Sende-/Mitteilungstätigkeit nur auf einzelne Tage oder Stunden, gilt 1/30 der Mindestentschädigungen pro 24 Stunden. Jeder angefangene Block von 24 Stunden zählt als ganzer Block.

19 Zusatzprogramme im Webcasting

Für Zusatzprogramme, die ein Sender zusätzlich zu seinem Hauptprogramm mittels Webcasting (im Sinne von Ziffer 3 Lemma 3) über die dem Hauptprogramm zugeordnete Website anbietet und für die es dem Sender nicht möglich ist, Einnahmen oder Kosten gemäss Ziffer 11 und 12 auszuweisen, gelten folgende Pauschalen pro Monat und pro Zusatzprogramm:

- für Urheberrechte: CHF 30.00
- für verwandte Schutzrechte: CHF 30.00

Für Zusatzprogramme, die anders als im Internet gesendet werden, gelten die Bestimmungen in Ziffer 11 und 12.

e) Zuschlag im Falle von Rechtsverletzungen

20 Alle in diesem Tarif genannten Vergütungen werden verdoppelt, wenn

- Musik ohne Bewilligung der SUISA verwendet wird
- wenn ein Sender absichtlich oder grobfahrlässig keine, unrichtige oder lückenhafte Angaben oder Abrechnungen liefert; die Verdoppelung wird auf die falschen, lückenhaften oder fehlenden Angaben angewendet.

21 Die Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Schadenersatzes bleibt vorbehalten.

f) Vertragsrabatt

- 22 Sender, welche einen schriftlichen Vertrag mit der SUIISA abschliessen und die Bedingungen des Vertrages sowie dieses Tarifs einhalten, erhalten einen Rabatt von 5 %.

g) Steuern

- 23 Die in diesem Tarif vorgesehenen Entschädigungsbeträge verstehen sich ohne Mehrwertsteuer. Soweit aufgrund einer zwingenden objektiven Steuerpflicht oder der Ausübung eines Wahlrechtes eine Mehrwertsteuer abzurechnen ist, ist diese vom Sender zum jeweils anwendbaren Steuersatz (2015: Normalsatz 8 %, reduzierter Satz 2.5 %) zusätzlich geschuldet.

E. Abrechnung

- 24 Die Sender teilen der SUIISA normalerweise jährlich mit
- so früh wie möglich, jedoch spätestens bis Ende Mai: alle Angaben, die zur Berechnung der Vergütung für das Vorjahr erforderlich sind
 - in den ersten zwei Betriebsjahren, danach auf Verlangen, bis Ende Januar: die budgetierten Einnahmen und den voraussichtlichen Musikanteil für das laufende Jahr sowie den voraussichtlichen Anteil von geschützten im Handel erhältlichen Ton- und Tonbild-Trägern oder die voraussichtliche Zahl von Tagen im Kalenderjahr, an welchen Spielfilme und andere im Handel erhältliche Tonbild-Träger gesendet werden.
- 25 Die SUIISA kann zur Prüfung der Angaben Belege verlangen, insbesondere Bilanz und Betriebsrechnung und eine Bestätigung der Kontrollstelle des Senders sowie der Produktions- und Akquisitionsgesellschaften, soweit es sich bei diesen Firmen um die Angaben betreffend die Finanzierung der Sendetätigkeit gemäss Ziffer 8.2 des Tarifs handelt.

Die SUIISA kann auch während der Arbeitszeit und nach Voranmeldung Einsicht in die Bücher des Senders nehmen. Die Prüfung der für die Abrechnung relevanten Angaben von Produktions- und Akquisitionsgesellschaften kann durch einen neutralen Fachmann vorgenommen werden.

F. Zahlung

- 26 Die Vergütungen sind innert 30 Tagen seit Rechnungsstellung oder zu den in der Bewilligung genannten Terminen zahlbar.
- 27 Die SUIISA kann Akontozahlungen und/oder andere Sicherheiten verlangen.

Die Akontozahlungen werden in der Regel in den ersten zwei Betriebsjahren aufgrund der voraussichtlichen Höhe der Entschädigungen festgelegt, danach aufgrund der Abrechnung für das Vorjahr.

G. Verzeichnisse

- 28 Die Sender stellen der SUIZA die in vorliegendem Abschnitt G aufgeführten Angaben zu. Die Angaben sind jedoch nur erforderlich, wenn SUIZA und/oder SWISSPERFORM sie zur Verteilung der nach diesem Tarif eingenommenen Entschädigungen an die Rechtsinhaber gemäss ihren jeweiligen Verteilungsplänen benötigen. Zum Ende eines jeden Jahres informiert SUIZA die für das folgende Jahr von der Meldepflicht befreiten Sender.
- 29 Die Sender melden die unter Buchstabe G genannten Programmangaben in elektronischer Form in einem standardisierten importierbaren Format.

a) Radio

- 30 Die Sender melden der SUIZA die in ihren Programmen gesendeten Musik bzw. Ton- und Tonbildträger. Die Meldungen sind gemäss Anhang I zu diesem Tarif vorzulegen.
- 31 Die Angaben enthalten
- Titel des Musikwerks
 - Name des Komponisten
 - Name des bzw. der Hauptinterpreten
 - Label
 - ISRC der benützten Aufnahme, sofern dieser vom Lieferanten oder Produzenten der Aufnahme zum Zeitpunkt des Erhalts der Aufnahme erhältlich gemacht werden kann.
 - Sendezeit
 - Sendedauer.
- 32 Die Radiosender melden der SUIZA vierteljährlich, wie oft und in welchen Programmen welche Werbespots mit Musik ausgestrahlt wurden. Wenn für einen Werbespot eine SUIZA-Nummer existiert, wird diese für die Meldung verwendet.
- 33 Sofern ein Sender nicht in der Lage ist, eventuelle Überblendungen zwischen zwei gleichzeitig gesendeten Musikwerken oder zwischen Musik und gesprochenem Text (während denen Musik gespielt wird, diese jedoch für die Hörer nicht wahrnehmbar ist) in seinen Meldungen anzugeben, tolerieren SUIZA und SWISSPERFORM eine Abweichung von 5 % zwischen der vom Sender angegebenen Gesamtdauer der geschützten Musik bzw. der geschützten Handelstonträger gemäss der Meldungen nach Ziffer 31 und dem vom Sender deklarierten Musikanteil bzw. Anteil gesendeter Handelstonträger an der Sendezeit seiner Programme.

Diese Toleranz von 5 % gilt nur, soweit die vom Sender gelieferten Daten vollständige Angaben über die gesendete Musik und die gesendeten Tonträger sowie den je-

weiligen Sendedauern enthalten und soweit keine geeignetere Methode zur Verfügung steht, mit der die Überblendungen ermittelt werden können.

b) Fernsehen

- 34 Fernsehsender melden der SUIISA alle ausgestrahlten, von Dritten und nicht im Auftrag des Senders hergestellten Spiel-, Fernseh- und Dokumentarfilme mit den Angaben:
- Originaltitel des Films
 - Name des Produzenten und des Hauptregisseurs
 - Ursprungsland des Films
 - Verwendete Sprachversion(en)
 - ISAN Nr. (sofern diese vom Lieferanten der Aufnahme oder von ihrem Produzenten allenfalls durch Nachfrage erhältlich gemacht werden kann)
 - Sendedauer
 - Sendezeit
 - zur Ausstrahlung verwendete Träger.
- 35 Die Fernsehsender sorgen dafür, dass der SUIISA alle Werbefilme, die zur Ausstrahlung vorgesehen sind und für welche noch keine Bescheinigung vorliegt (sog. SUIISA-Nummer), vorgängig gemeldet werden.
- 36 Die SUIISA erteilt den Fernsehsendern das "Gut zur Sendung" (sog. SUIISA-Nummer) und stellt damit die Sender von Ansprüchen Dritter hinsichtlich der Musiksenderechte frei.
- 37 Das Einverständnis der SUIISA gilt ohne Gegenbericht innert 10 Tagen seit Erhalt der Meldung als erteilt. Die Fernsehsender strahlen keine Werbefilme aus für welche keine SUIISA-Bescheinigung vorliegt.
- 38 Die Fernsehsender melden der SUIISA monatlich, wie oft und in welchen Fernsehprogrammen welche Werbefilme ausgestrahlt wurden.
- 39 Die Fernsehsender melden der SUIISA ferner die Musik, die sie selber oder ihre Auftragnehmer zur Vertonung ihrer Sendungen auswählen sowie die Musik in Konzertübertragungen unter Angabe des ISRC, sofern ihnen dieser bekannt ist. Andernfalls geben die Sender ausreichend Daten an, um eine Identifikation der Musik zu ermöglichen.
- 40 Sprachregionale und internationale Sender übergeben der SUIISA vollständige Angaben über alle gesendete Musik unter Angabe des ISRC, sofern ihnen dieser bekannt ist. Andernfalls geben die Sender ausreichend Daten an, um eine Identifikation der Musik zu ermöglichen.

c) Gemeinsame Bestimmungen

- 41 Die von anderen Sendern regelmässig übernommenen Programme sind mit den folgenden Angaben der SUIISA mitzuteilen
- Name des Senders
 - Zahl der Sendestunden der übernommenen Programme.

d) Termine

- 42 Alle Angaben sind der SUIISA – sofern vorstehend nicht anders bestimmt – monatlich jeweils bis zum Ende des folgenden Monats zuzustellen.
- 43 Werden die zur Rechnungstellung erforderlichen Daten auch nach einer schriftlichen Mahnung nicht innert Nachfrist eingereicht, so kann die SUIISA und/oder die SWISSPERFORM fehlende Angaben schätzen und auf dieser Basis die Vergütung in Rechnung stellen. Aufgrund geschätzter Angaben erstellte Rechnungen gelten als vom Sender anerkannt, wenn er nicht innert 30 Tagen seit Zustellung der Rechnung vollständige und korrekte Angaben nachliefert. Die SUIISA und/oder die SWISSPERFORM kann überdies eine zusätzliche Vergütung verlangen von CHF 100.00 pro Monat. Diese wird im Wiederholungsfall verdoppelt. Vorbehalten bleiben die in Ziffer 20 genannten Massnahmen.
- 44 Werden die gemäss Buchstabe G zu meldenden Programmdatei trotz schriftlicher Mahnung für zwei hintereinander folgende Quartale nicht oder nicht vollständig gemeldet, ist SUIISA und/oder SWISSPERFORM berechtigt, einen neutralen Fachmann mit der Erhebung der meldepflichtigen Daten (z. B. durch Monitoring) zu beauftragen. Dessen Kosten trägt der Sender, wenn er die benötigten Daten schuldhaft nicht geliefert hat.

H. Gültigkeitsdauer

- 45 Dieser Tarif ist vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 gültig.
- Bei wesentlichen Änderungen der Verhältnisse kann er vorzeitig revidiert werden.
- 46 Die Gültigkeitsdauer des Tarifs verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, wenn er nicht von einem der Verhandlungspartner durch schriftliche Anzeige an den anderen ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Eine solche Kündigung schliesst einen weiteren Verlängerungsantrag an die Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten nicht aus.
- 47 Ist nach Ablauf dieses Tarifs und trotz eingereichtem Genehmigungsgesuch noch kein Folgetarif in Kraft, verlängert sich die Gültigkeitsdauer des vorliegenden Tarifs bis zum Inkrafttreten des Folgetarifs. Vorbehalten bleibt dessen rückwirkende Inkraftsetzung.

Name des Files: SENDER_JAHR_MONAT.csv, z.B. energy_2012_01.csv

Titel	Komponist	Interpret	Interpreten-Info	Sender	Sendedatum	Sendedauer	Sendezeit
Titel sind in Originalsprache gemäss Tonträger, inklusive ggf. Versionsabgaben ("live in London" "dirty remix" etc.) anzugeben	Name des/der Komponisten	Name des (Haupt-) Interpreten, bzw. Gruppenname	Spezialinformationen, z.B. Dirigent, Namen der Solisten	Name des Senders	Datum der Nutzung im Einheitformat, z.B. YYYYMMDD - 20110101	Dauer der Nutzung im Einheitsformat, z.B. hh:mm:ss - 00:03:54	Startzeitpunkt der Nutzung im Einheitsformat, z.B. hh:mm:ss - 06:09:13

Zahlen-, Zeit- und Datumsformate, Spaltenabfolgen, Trennzeichen sowie Formatierung sollen pro Kalenderjahr für alle Monate einheitlich sein.

Werkverzeichnisangaben Sofern zutreffend/bekannt: Opus, KV oder sonstige Werkangaben	ISRC ISRC Code des Quelltonträgers	Label Name des Labels	CD ID / Katalog-Nummer Bestell- bzw. Katalognummer des Tonträgers beim Label	Aufnahmedatum Datum oder Jahr der Aufnahme	Aufnahmeland Name oder ISO-Code des Aufnahmelandes, z.B. CHE	Erstveröffentlichungsdatum Datum oder Jahr der ersten Veröffentlichung
---	---	--------------------------	---	--	---	--

Titel des Tonträgers (Albumtitel) Titel der CD / des Albums	Autor/Text	Track Nummer	Genre	Programm	Bestellnummer	Marke	Label Code	EAN/GTIN EAN Code oder weitere Identifikatoren
--	------------	--------------	-------	----------	---------------	-------	------------	---

SUISA
Coopérative des auteurs et éditeurs de musique

SWISSPERFORM
Société suisse pour les droits voisins

Tarif commun S à partir de 2015, version du 14.05.2014

Emetteurs

Approuvé par la Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins le _____ et publié dans la Feuille officielle suisse du commerce n° _____ du _____.

Société de gestion représentante

SUISA

Av. du Grammont 11bis, 1007 Lausanne, Téléphone +41 21 614 32 32, Fax +41 21 614 32 42
Bellariastrasse 82, 8038 Zürich, Telefon +41 44 485 66 66, Fax +41 44 482 43 33
Via Soldino 9, 6900 Lugano, Telefono +41 91 950 08 28, Fax +41 91 950 08 29

<http://www.suisa.ch> E-Mail: suisa@suisa.ch

A. Clients concernés

- 1 Le présent tarif s'adresse aux organismes qui diffusent des programmes de radio et/ou de télévision ou qui font transmettre directement ces programmes par des réseaux câblés.

Ils sont dénommés ci-après « émetteurs ».

B. Objet du présent tarif

- 2 Ce tarif se rapporte à l'utilisation

- des œuvres de musique non théâtrale protégées par le droit d'auteur, avec ou sans texte, appartenant au répertoire mondial géré par SUISA (appelées ci-après « musique »)
- de phonogrammes ou vidéogrammes protégés par les droits voisins, disponibles sur le marché.

- 3 Le tarif se rapporte aux utilisations suivantes

- diffusion (par voie terrestre, injection directe et distribution dans les réseaux câblés ou par satellites)
- injection et diffusion simultanées et identiques d'œuvres et de prestations sur Internet ou d'autres réseaux sur base IP par l'émetteur, parallèlement à l'émission (Simulcasting)
- injection directe et diffusion d'œuvres et de prestations sur Internet ou d'autres réseaux sur base IP sans émission parallèle (Webcasting)
- mise à disposition sur Internet ou autres réseaux sur base IP, pour une consultation à la demande, d'œuvres et de prestations contenues dans des émissions diffusées, au sens de l'art. 22c LDA.
- En ce qui concerne les droits d'auteur : enregistrement ou réenregistrement par l'émetteur sur phonogrammes ou vidéogrammes; ces supports ne peuvent être utilisés que pour des diffusions, distributions et mises à disposition conformément à ce tarif et pour celles d'autres émetteurs avec lesquels SUISA ou une de ses sociétés-sœurs étrangères a conclu des contrats; toutes les autres utilisations nécessitent une autorisation spéciale de SUISA.
- En ce qui concerne les droits voisins : reproduction d'enregistrements de musique non théâtrale à partir de phonogrammes ou de vidéogrammes disponibles sur le marché, à des fins de diffusion au sens de l'art. 24b al. 1 et 2 LDA, de même qu'à des fins de mise à disposition au sens de l'art. 22c al. 2 LDA, dans la mesure où les conditions d'application de ces dispositions sont réunies.
- Du point de vue de la diffusion et de la reproduction à des fins de diffusion ainsi que pour la mise à disposition au sens de l'art. 22c LDA, le présent tarif ne s'applique que si les utilisations de prestations sont soumises au droit suisse SUISA et Swissperform ne garantissent aucun droit pour la diffusion, la distribution et la mise à disposition, en dehors du territoire suisse, des œuvres, interprétations et enregistrements diffusés.

- 4 SUISA et SWISSPERFORM ne disposent pas des droits de la personnalité des ayants droit: l'émetteur s'oblige à respecter ces droits, notamment pour la sonorisation de produits audiovisuels.

SWISSPERFORM ne dispose pas des droits exclusifs des interprètes et des producteurs de phonogrammes.

La sonorisation musicale de films, de séries télévisées, d'émissions publicitaires et d'autres productions similaires à caractère publicitaire nécessite toujours une autorisation spéciale des sociétés de gestion ou des ayants droit.

- 5 Sont exceptées de ce tarif les émissions et transmissions faisant l'objet d'autres tarifs, notamment
- les émissions de la SSR,
 - l'émission et la transmission des programmes de radio et de télévision dits « à péage » (Pay-Radio, Pay-TV),
 - la retransmission d'émissions sur des réseaux câblés ou au moyen de réémetteurs.

C. Sociétés de gestion, organe commun d'encaissement

- 6 SUISA fait office, pour ce tarif, de représentante de SWISSPERFORM et d'organe commun d'encaissement.

D. Redevance

a) Base de calcul

- 7 La redevance est calculée, en règle générale, sous la forme d'un pourcentage des revenus de l'émetteur (sous réserve du chiffre 10).

Suppléments pour

- 7.1 les reproductions à des fins de diffusion, au sens de l'art. 24b LDA, d'interprétations et d'enregistrements d'œuvres musicales non théâtrales :

pour les organismes de diffusion au sens de l'art. 2 lit. d LRTV, les redevances calculées selon les chiffres 13.2 de même que 16.1 et 16.2 pour les droits voisins sont augmentées de 20 %,

- 7.2 l'utilisation de droits d'auteur et de droits voisins dans le contexte d'une injection et d'une mise à disposition sur Internet (ou autres réseaux sur base IP), pour une consultation à la demande d'œuvres et de prestations contenues dans des émissions diffusées, au sens de l'art. 22c LDA:

pour les émetteurs qui mettent à disposition des œuvres et prestations contenues dans des émissions diffusées, au sens de l'art. 22c LDA, les redevances pour les droits

d'auteur calculées selon les chiffres 13.1 et 15 sont augmentées de 0.5 %, de même que les redevances pour les droits voisins calculées selon les chiffres 13.2, 16 et 7.1.

8 Revenus

8.1 Sont considérés comme des revenus au sens de ce tarif, tous les revenus provenant de l'activité d'émission et/ou de la communication sur des réseaux, notamment:

- les revenus publicitaires
- les revenus provenant des annonces et des informations
- les revenus provenant de la vente d'espaces de diffusion
- les montants versés par des sponsors
- les prestations obtenues par échange (est déterminante la valeur nette des prestations mises à disposition par l'émetteur)
- les recettes d'activités à l'extérieur, (p. ex. émissions depuis des salons, des expositions, des kermesses, etc.)
- les recettes de participations d'auditeurs/télespectateurs (Télékiosque/numéros surtaxés ; p.ex. vote par TED ou SMS). Seuls comptent les montants versés aux émetteurs
- les recettes provenant des autorisations de réception (quote-part du produit de la redevance, art. 40 LRTV) et les autres contributions et soutiens financiers selon la LRTV
- les subventions, les garanties de déficit utilisées et les autres contributions servant à financer l'activité d'émission de l'émetteur.

8.2 Sont également considérés comme des revenus au sens du chiffre 8.1 de ce tarif, les recettes de sociétés tierces, en particulier de sociétés de production ou d'acquisition de publicité, dans la mesure où elles sont perçues au titre de l'activité d'émission/de communication de l'émetteur. Sont déterminantes les recettes brutes de ces sociétés. Par recettes brutes on entend les montants facturés par les sociétés tierces aux annonceurs, respectivement aux clients.

9 Pour l'établissement des revenus déterminants pour le calcul des redevances, les déductions suivantes peuvent être effectuées sur les recettes publicitaires :

2015	25 % des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2
2016	15 % des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2
2017	7 % des recettes publicitaires calculées selon les chiffres 8.1 et 8.2

10 La redevance est calculée sous forme d'un pourcentage des frais d'exploitation de l'émetteur (coûts de toutes les activités en corrélation avec la diffusion)

- s'il est impossible d'établir les revenus ou en l'absence de revenus
- si l'émetteur prévoit devoir couvrir partiellement ou totalement les frais par ses propres moyens.

11 Si l'émetteur diffuse plusieurs programmes autonomes, les recettes ou les frais sont attribués dans la mesure du possible aux programmes qui les génèrent. Les dispositions ci-après sur les pourcentages, respectivement sur la redevance minimale, doivent être appliquées séparément pour chaque programme. La désignation « émetteur » se rapporte ci-après également aux unités d'entreprise d'un émetteur

qui diffusent un propre programme, qui doit être décompté conformément à ces dispositions.

- 12 Si l'émetteur perçoit ses recettes en bloc, celles-ci sont réparties sur les différents programmes en proportion des coûts confirmés par l'organe de contrôle de l'émetteur.

b) Programmes de radio

- 13 Le pourcentage s'élève pour

13.1 Droits d'auteur sur la musique

- 13.1.a Emetteurs dont les recettes publicitaires brutes sont supérieures à CHF 4 millions par an.

Programmes comportant de la musique protégée dans une proportion du temps d'antenne de

moins de 20 %	1 %
20 % à moins de 30 %	2 %
30 % à moins de 40 %	3 %
40 % à moins de 50 %	4 %
50 % à moins de 60 %	5 %
60 % à moins de 70 %	6 %
70 % à moins de 80 %	7 %
80 % à moins de 90 %	8 %
90 % et plus	9 %

- 13.1.b Emetteurs dont les recettes publicitaires brutes sont inférieures à CHF 4 millions par an.

Programmes comportant de la musique protégée dans une proportion du temps d'antenne de

moins de 10 %	1 %
10 % à moins de 30 %	2 %
30 % à moins de 50 %	3 %
50 % à moins de 70 %	5 %
70 % à moins de 90 %	7 %
90 % et plus	9 %

- 13.1.c Sont considérés comme recettes publicitaires brutes les revenus publicitaires, les montants versés par des sponsors et les revenus provenant des annonces et des informations, tels que mentionnés aux chiffres 8.1 et 8.2 ci-dessus.

13.1.d On entend par proportion de musique protégée la proportion de musique du répertoire de SUISA diffusée par l'émetteur sur le temps d'antenne total, y compris la musique contenue dans les reprises d'émissions et de programmes internes et externes.

13.2 Droits voisins

Les pourcentages pour les droits voisins s'élève à 30 % des pourcentages pour les droits d'auteur prévus au chiffre 13.1.a et chiffre 13.1.b. La proportion de musique protégée correspond à la proportion de musique du répertoire de SWISSPERFORM diffusée par l'émetteur sur le temps d'antenne total, y compris la musique contenue dans les reprises d'émissions et de programmes internes et externes.

13.3 Réduction pour émetteurs à faible budget

Les émetteurs de radio qui ont une diffusion exclusivement locale ont droit à une réduction de 10% sur les taux de redevances fixés aux chiffre 13.1.b et sur les pourcentages correspondants conformément au chiffre 13.2, pour autant que leurs recettes ne soient pas supérieures à CHF 700'000 par année.

14 Webradios d'amateurs

Pour les webradios

- exploitées par des personnes non professionnelles agissant durant leur temps libre,
- pour lesquelles au maximum 6000 connexions simultanées sont possibles,

les redevances sont calculées forfaitairement en pourcentage des revenus au sens du chiffre 8.

Le pourcentage s'élève à 6 % pour les droits d'auteur et à 2 % pour les droits voisins. Toutefois, les redevances minimales suivantes sont dues par programme et par mois:

- pour les droits d'auteurs : CHF 60.00
- pour les droits voisins : CHF 60.00

Pour ces webradios, la redevance minimale prévue au chiffre 18 n'est pas applicable.

Les redevances ordinaires prévues aux chiffres 7 ss (y compris les suppléments des chiffres 7.1 et 7.2) et 18 sont applicables aux webradios pour lesquelles plus de 6000 connexions simultanées sont possibles.

c) Programmes de télévision

15	Le pourcentage s'élève pour les droits d'auteur sur la musique	
	- programmes dont plus de deux tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips	6.6 %
	- programmes dont plus d'un tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips	3.3 %
	- programmes contenant presque exclusivement des longs-métrages et des téléfilms	1.32 %
	- programmes dans lesquels la durée de la musique ne dépasse pas 10 % de la durée totale d'émission, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond	0.4 %
	- programmes avec une durée de musique de plus de 10 %, mais ne dépassant pas 20 %, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond	1 %
	- autres programmes	2 %
16	Pour les droits voisins, le pourcentage s'élève	
16.1	pour l'utilisation de phonogrammes disponibles sur le marché	
	- programmes contenant presque exclusivement des longs-métrages et des téléfilms	0.06 %
	- programmes dans lesquels la durée de la musique ne dépasse pas 10 % de la durée totale d'émission, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond	0.12 %
	- programmes avec une durée de musique de plus de 10 %, mais ne dépassant pas 20 %, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond	0.18 %
	- autres programmes	0.36%
16.2	pour l'utilisation de films musicaux, de films de concerts et de vidéo-clips	
	- programmes dont plus de deux tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips	3 %
	- programmes dont plus d'un tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips	1.5 %

16.3 pour l'utilisation de vidéogrammes disponibles sur le marché, hormis les cas mentionnés au chiffre 16.2

- émetteurs qui diffusent des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché pendant plus de 300 jours par an 0.100 %
- émetteurs qui diffusent des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché pendant plus de 150 jours par an, mais pendant au maximum 300 jours par an 0.050 %
- émetteurs qui diffusent des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché pendant plus de 75 jours par an, mais pendant au maximum 150 jours par an 0.025 %
- émetteurs qui diffusent des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché pendant plus de 30 jours par an, mais pendant moins de 75 jours par an 0.010 %
- émetteurs qui diffusent des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché pendant au maximum 30 jours par an 0.005 %

17 On considère comme « programme » de télévision le temps habituel de diffusion sans les images-test, images fixes ou de textes.

Si un émetteur perçoit cependant des recettes de l'émission d'images fixes ou de textes (p. ex. des recettes de publicité, sponsoring etc.) et si ces émissions sont accompagnées de musique et/ou de phonogrammes disponibles dans le commerce, elles sont considérées comme partie intégrante du programme et prises en compte dans le calcul des pourcentages conformément aux chiffres 15 et 16.

d) Redevance minimale

18 La redevance s'élève, par mois, au moins à

- pour les émetteurs de radio
CHF 100.00 pour les droits d'auteur CHF 100.00 pour les droits voisins
- pour les émetteurs de télévision
CHF 100.00 pour les droits d'auteur CHF 30.00 pour les droits voisins

Si l'activité d'émission/de communication se limite à quelques jours ou quelques heures, 1/30 de la redevance minimale s'applique par tranche de 24 heures. Chaque bloc de 24 heures entamé compte comme un bloc entier.

19 Programmes complémentaires en webcasting

Pour les programmes complémentaires qu'un émetteur offre par webcasting (au sens du chiffre 3, troisième tiret, ci-dessus) sur le site Internet dédié à son programme principal, et pour lesquels l'émetteur ne peut pas attribuer des recettes ou des frais selon les chiffres 11 et 12 ci-dessus, les forfaits ci-dessous sont réclamés par mois et par programme complémentaire:

- pour les droits d'auteurs : CHF 30.00
- pour les droits voisins : CHF 30.00

Pour les programmes complémentaires diffusés autrement que sur Internet les dispositions des chiffres 11 et 12 ci-dessus sont applicables.

e) Supplément en cas de violation du droit

20 Toutes les redevances mentionnées dans ce tarif sont doublées si

- de la musique est utilisée sans l'autorisation de SUISA
- un émetteur fournit des données ou décomptes inexacts ou lacunaires en connaissance de cause ou par négligence grossière; le doublement de la redevance est appliqué aux données fausses, lacunaires ou manquantes.

21 Une prétention à des dommages-intérêts supérieurs demeure réservée.

f) Rabais contractuel

22 L'émetteur obtient un rabais de 5 % sur les redevances s'il passe un contrat de licence écrit avec SUISA et s'il respecte les dispositions de ce contrat et du présent tarif.

g) Impôts

23 Les redevances prévues par le présent tarif s'entendent sans la taxe sur la valeur ajoutée. Si celle-ci est à acquitter, en raison d'un assujettissement objectif impératif ou du fait de l'exercice d'un droit d'option, elle est due en plus par l'émetteur au taux d'imposition en vigueur (2015: taux normal 8 % / taux réduit 2.5 %).

E. Décompte

- 24 Les émetteurs communiquent normalement chaque année à SUISA
- aussi rapidement que possible, toutefois au plus tard à la fin mai: toutes les données nécessaires au calcul de la redevance pour l'année précédente
 - dans les deux premières années d'exploitation, puis sur demande, jusqu'à fin janvier: les revenus budgétisés et la part de musique probable pour l'année en cours ainsi que la part probable de phonogrammes et vidéogrammes protégés disponibles sur le marché ou le nombre probable de jours de l'année où des longs-métrages et d'autres vidéogrammes disponibles sur le marché seront diffusés.
- 25 Afin de contrôler les données, SUISA peut exiger des justificatifs, en particulier le bilan et le compte d'exploitation de l'émetteur et des sociétés de production ou d'acquisition de publicité ainsi que des confirmations de leurs organes de contrôle. S'agissant des sociétés de production ou d'acquisition de publicité, les données doivent concerner le financement de l'activité d'émission au sens du chiffre 8.2 du tarif.

SUISA peut également avoir accès à la comptabilité de l'émetteur, sur avertissement préalable et pendant les heures de bureau. S'agissant des sociétés de production et d'acquisition de publicité, l'examen des données nécessaires au décompte peut avoir lieu par l'intermédiaire d'un spécialiste indépendant.

F. Paiement

- 26 Les redevances sont payables dans les 30 jours ou aux dates fixées dans l'autorisation.
- 27 SUISA peut exiger des acomptes sur le montant probable de la redevance et/ou d'autres garanties

En règle générale, les acomptes sont fixés pendant les deux premières années d'exploitation sur la base du montant probable des redevances, ensuite sur la base du décompte de l'année précédente.

G. Relevés

- 28 Les émetteurs font parvenir à SUISA les données prévues à la présente lettre G. Toutefois, ces données ne seront exigées que si SUISA et/ou SWISSPERFORM ont en besoin pour répartir aux ayants droit, conformément à leurs règlements, les redevances perçues selon le présent tarif. A la fin de chaque année, SUISA informe individuellement les émetteurs dispensés pour l'année suivante.
- 29 Les émetteurs déclarent les indications relatives aux programmes mentionnées à la présente lettre G sous forme électronique dans un format standardisé permettant l'importation.

a) Radio

- 30 Les émetteurs déclarent à SUISA la musique, respectivement les phonogrammes et vidéogrammes, diffusés dans leurs programmes. Les déclarations doivent être présentées comme indiqué à l'annexe I du présent tarif.
- 31 Les données comportent
- Titre de l'œuvre musicale
 - Nom du compositeur
 - Nom de l'interprète principal ou des interprètes principaux
 - Label
 - Code ISRC de l'enregistrement utilisé, s'il peut être communiqué par le producteur ou le fournisseur au moment de l'acquisition de l'enregistrement.
 - Heure d'émission
 - Durée d'émission.
- 32 Les émetteurs de radio déclarent trimestriellement à SUISA, combien de fois et sur quels programmes quels spots publicitaires avec musique ont été diffusés. Si le spot est muni d'un numéro SUISA, ce numéro est utilisé pour la déclaration.
- 33 Si un émetteur n'est pas en mesure d'annoncer les chevauchements d'œuvres dans ses déclarations, c'est-à-dire les moments où deux œuvres musicales sont diffusées simultanément ou où de la musique est rendue inaudible par du texte, SUISA et SWISSPERFORM toléreront un écart de 5 % entre le total des durées d'émission de biens protégés (musique, respectivement phonogrammes), annoncées par cet émetteur selon le chiffre 31, et ses déclarations concernant la proportion de tels biens protégés dans ses programmes.

Cette tolérance de 5% sera pratiquée pour autant que les relevés fournis par l'émetteur contiennent des indications complètes sur la musique et les phonogrammes diffusés et sur les durées d'émission, et pour autant qu'il n'existe aucun moyen approprié d'identifier les chevauchements d'œuvres.

b) Télévision

- 34 Les émetteurs de télévision communiquent à SUISA tous les longs-métrages, téléfilms et films documentaires, qui sont diffusés, et qui ont été fabriqués par des tiers sans avoir été commandés par l'émetteur, avec les données suivantes:
- Titre original du film
 - Nom du producteur et du réalisateur principal
 - Pays d'origine du film
 - Version linguistique utilisée
 - N° ISAN (s'il peut être communiqué par le fournisseur de l'enregistrement ou par le producteur après demande expresse)
 - Durée d'émission
 - Heure d'émission
 - Support utilisé pour la diffusion

- 35 Les émetteurs de télévision veillent à ce que tous les films publicitaires prévus pour la diffusion et pour lesquels il n'existe pas encore d'attestation (numéro SUISA), soient déclarés à l'avance à SUISA.
- 36 SUISA accorde aux émetteurs de télévision un « bon à diffuser » (numéro SUISA), les libérant ainsi de toutes revendications de tiers en ce qui concerne les droits de diffusion de la musique.
- 37 L'accord de SUISA, à moins de communication contraire, est considéré comme octroyé au bout de 10 jours après réception de la déclaration. Les émetteurs de télévision ne diffusent pas de films publicitaires pour lesquels ils ne disposent pas de l'attestation de SUISA.
- 38 Les émetteurs de télévision déclarent mensuellement à SUISA, combien de fois et sur quels programmes de télévision quels films publicitaires ont été diffusés.
- 39 Les émetteurs de télévision déclarent en outre à SUISA la musique qu'eux-mêmes ou leurs mandataires choisissent pour la sonorisation de leurs émissions ainsi que les œuvres musicales diffusées lors des retransmissions de concerts, avec le code ISRC s'il est disponible ou sinon avec des données suffisantes pour permettre l'identification de la musique.
- 40 Les émetteurs couvrant une région linguistique et les émetteurs internationaux transmettent à SUISA les données complètes sur toute la musique diffusée, avec le code ISRC s'il est disponible ou sinon avec des données suffisantes pour permettre l'identification de la musique.

c) Disposition commune

- 41 Les programmes repris régulièrement d'autres émetteurs doivent être communiqués à SUISA avec les données suivantes
- Nom de l'émetteur
 - Nombre d'heures d'émission des programmes repris.

d) Echéances

- 42 Dans la mesure où rien d'autre n'est prévu ci-dessus, toutes les données doivent parvenir à SUISA une fois par mois, au plus tard toutefois jusqu'à la fin du mois suivant.
- 43 Si les données nécessaires à la facturation ne sont toujours pas communiqués après un délai supplémentaire imparti par un rappel écrit, SUISA et/ou SWISSPERFORM peuvent estimer les données manquantes et facturer les redevances sur cette base. Les factures établies sur la base d'estimations sont considérées comme acceptées par l'émetteur si celui-ci ne fournit pas, dans les 30 jours après la date de la facture, des indications complètes et correctes. SUISA et/ou SWISSPERFORM peuvent au surplus exiger une redevance supplémentaire de CHF 100.00 par mois. Cette dernière est doublée en cas de récidive. Sont réservées les mesures prévues au chiffre 20.

- 44 Si les données relatives aux programmes prévues sous lettre G ne sont pas déclarées ou déclarées de manière incomplète pour deux trimestres consécutifs, malgré un rappel écrit, SUISA et/ou SWISSPERFORM ont le droit de mandater un expert neutre pour récolter (p.ex. au moyen d'un monitoring) les données qui auraient dû être annoncées. Les coûts de cet expert sont à charge de l'émetteur si ce dernier est en faute.

H. Durée de validité

- 45 Le présent tarif est valable du 1^{er} janvier 2015 au 31 décembre 2017.

Il peut être révisé avant son échéance en cas de modification profonde des circonstances.

- 46 La durée de validité de ce tarif se prolonge automatiquement d'année en année, sauf si un des partenaires de négociation le dénonce par écrit au moins une année avant son échéance. Une telle dénonciation n'exclut pas une demande de prolongation adressée à la Commission arbitrale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins.

- 47 Si aucun nouveau tarif n'est en vigueur après l'échéance de ce tarif, alors même qu'une requête d'approbation a été déposée, la durée de validité du présent tarif est prolongée jusqu'à l'entrée en vigueur du nouveau tarif. Une entrée en vigueur rétroactive de ce nouveau tarif demeure toutefois réservée.

Nom du fichier: ÉMETTEUR_ANNÉE_MOIS.csv, p.ex. energy_2012_01.csv

Titres	Compositeur	Interprète	Nom de l'interprète principal ou des interprètes principaux, ou nom de groupe	Infos sur interprète(s)	Emetteur	Date de l'émission	Date de l'utilisation en format standardisé p.ex. YYYYMMDD - 20110101	Durée d'émission	Durée de l'utilisation en format standardisé, p.ex. hh:mm:ss - 00:03:54	Heure d'émission	Moment du début de l'utilisation en format standardisé, p.ex. hh:mm:ss - 06:09:13
Les titres doivent être indiqués dans la langue originale selon support sonore, avec le cas échéant la version («live in Londres» «dirty remix», etc.)	Nom du compositeur/de la compositrice			Informations spéciales, p.ex. chef d'orchestre, nom des solistes	Nom de l'émetteur						

Les formats de nombres, durées et dates, les alignements, signes de séparation et mises en forme doivent être uniformes par année civile pour tous les mois.

Indications de catalogue Si existantes/connues: opus, KV ou autre indication	ISRC Code ISRC du support sonore source	Label Nom du label	CD ID / n° de catalogue Numéro de commande ou de catalogue du support sonore auprès du label	Date d'enregistrement Date d'enregistrement ou année d'enregistrement	Pays d'enregistrement Nom ou code ISO du pays d'enregistrement, p.ex. CHE	Date de première publication Date ou année de la première publication
--	---	-----------------------	---	---	--	---

Titre du supportsonore (titre d'album) Titre du CD /de l'album	Auteur du texte	Numero de track	Genre	Programme	Numero de commande	Marque	Label Code	EAN/GTIN Code EAN ou autres identificateurs
---	-----------------	-----------------	-------	-----------	--------------------	--------	------------	--

II. Die Schiedskommission zieht in Erwägung:

1. Die siebenmonatige Frist von Art. 9 Abs. 2 der Verordnung über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 26. April 1993 (Urheberrechtsverordnung, URV, SR 231.11) wurde vorliegend eingehalten.
2. Es ist davon auszugehen, dass die vorliegende Tarifeingabe gemäss Art. 46 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. Oktober 1992 (Urheberrechtsgesetz, URG, SR 231.1) in Verbindung mit Art. 9 Abs. 3 URV genügend verhandelt worden ist. RRR und VSP einerseits und Telesuisse andererseits haben zwar die gegenteilige Auffassung vertreten, namentlich weil ihnen die Umstellung auf das Bruttoprinzip einfach aufoktroiert worden sei. Die Parteien des Tarifverfahrens sind jedoch nicht dazu verpflichtet, endlos weiter zu verhandeln, wenn Verhandlungspositionen festgefahren sind (Beschluss der ESchK vom 4. November 2010 betreffend den GT S, E. II./4., S. 50; DENIS BARRELET/WILLI EGLOFF, *Das neue Urheberrecht*, 3. Aufl. 2008, Art. 46 N 6, mit weiteren Hinweisen). Ist eine einvernehmliche Lösung nicht möglich, weil etwa Uneinigkeit in Grundsatzfragen besteht, kann der entsprechende Tarif der Schiedskommission zur Genehmigung vorgelegt werden (vgl. ERNST BREM/VINCENT SALVADÉ/GREGOR WILD, in: Müller/Oertli [Hrsg.], *Urheberrechtsgesetz, URG*, 2. Aufl. 2012, Art. 46 N 15).
3. Angemessenheit des Tarifs
 - 3.1. Grundsätze der Angemessenheitsprüfung

Gemäss Art. 59 Abs. 1 URG genehmigt die Schiedskommission einen ihr vorgelegten Tarif, wenn er in seinem Aufbau und in den einzelnen Bestimmungen angemessen ist, wobei sich die Angemessenheit der Entschädigung nach Art. 60 URG richtet: Demnach ist bei der Festlegung der Entschädigung der aus der Nutzung des Werks, der Darbietung, des Ton- oder Tonbildträgers oder der Sendung erzielte Ertrag oder hilfsweise der mit der Nutzung verbundene Aufwand (Abs. 1 Bst. a), die Art und Anzahl der benutzten Werke, Darbietungen, Ton- oder Tonbildträger oder Sendungen (Abs. 1 Bst. b) sowie das Verhältnis geschützter zu ungeschützten Werken, Darbietungen, Ton- oder Tonbildträgern oder Sendungen (Abs. 1 Bst. c) zu berücksichtigen. Die Entschädigung ist ferner so festzulegen, dass sie in der Regel höchst-

tens zehn Prozent des Nutzungsertrags oder des Nutzungsaufwands für die Urheberrechte und höchstens drei Prozent für die verwandten Schutzrechte beträgt, wobei die Berechtigten bei einer wirtschaftlichen Verwaltung Anspruch auf ein angemessenes Entgelt haben (Abs. 2).

3.2. Einnahmen aus dem «Gebührensplitting»

Gemäss Ziffer 8.1, Lemma 8 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 zählen zu den «Einnahmen» im Sinne des Tarifs insbesondere «Einnahmen aus Empfangsbewilligungen und sonstige Beiträge und Finanzhilfen gemäss RTVG» (vgl. Art. 40 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen vom 24. März 2006 [RTVG, SR 784.40]).

- a) Telesuisse macht geltend (Stellungnahme vom 1. September 2014, Rz. 25 ff.), angesichts der sich aus Art. 41 RTVG für private Sender aufgrund des sog. Gebührensplittings ergebenden Pflichten könnten diese Gebühren nicht zu den Einnahmen der Sendeunternehmen gezahlt werden.

RRR und VSP bringen hinsichtlich des Gebührensplittings sinngemäss dasselbe vor wie Telesuisse (vgl. Rz. 26 f. der Stellungnahme von VSP/RRR vom 31. August 2014).

- b) Diese Rechtsfrage wurde mit dem Beschluss der Schiedskommission vom 4. November 2010 betreffend den GT S bereits entschieden. Demnach gehören die Gebührenanteile zu den massgeblichen Einnahmen, selbst wenn sie an einen bestimmten Zweck gebunden sind (Beschluss der Schiedskommission vom 4. November 2010, E. II./8., S. 56, betreffend den Gemeinsamen Tarif S [2011–2013], mit weiteren Hinweisen auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts). Es gibt keinen Grund, die Einnahmen aus dem Gebührensplitting in Ziffer 8.1 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 zu streichen.

3.3. Abschaffung des Akquisitionskostenabzugs für Werbung/Vergütungsansätze

- a) Suisa und Swissperform bringen vor, in Ziffer 8.2 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 sei die Möglichkeit, die Akquisitionskosten von den Werbeeinnahmen

Beschluss vom 10. November 2014 betreffend den *Gemeinsamen Tarif S*

teilweise abzuziehen, abgeschafft worden. Ziffer 8.2 sei dahingehend geändert worden, dass Werbeeinnahmen auch im Falle der Akquisition durch Drittfirmen ohne Abzug für deren Vermittlungstätigkeit als Einnahmen der Sender gelten. Dass ein entsprechender Abzug in der Vergangenheit noch gewährt worden sei, garantiere den Rundfunkunternehmen keinen Anspruch für die Zukunft. Die erneute Gewährung eines solchen Abzugs könnte vielmehr als falsches Präjudiz auf andere Tarifverfahren wirken. Beim Bruttoprinzip handle es sich um einen anerkannten Grundsatz des Tarifrechts. Bereits in ihrem Entscheid vom 4. November 2010 betreffend den GT S habe die Schiedskommission entschieden, es stehe den Verwertungsgesellschaften offen, über den Akquisitionsabzug mit den Nutzern zu verhandeln. Historisch betrachtet seien im Jahre 1983 die ersten Schweizer Privatradios auf Sendung gegangen und die Suisa hätte die Schwierigkeiten der jungen Sendeunternehmen mit der Erschliessung des damals noch im Entstehen begriffenen Marktes für Radiowerbung mit einem an sich systemwidrigen Abzug der Markterschliessungskosten zu Gunsten der neuen privaten Radiosender berücksichtigt. Werbung im Radio sei aber heute etabliert, was die Sendeunternehmen indirekt zugeben würden. Immerhin sehe aber Ziffer 9 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 noch die Möglichkeit eines abnehmenden Pauschalabzugs der Akquisitionskosten für die nächsten drei Jahre vor. Zwar hätten die Verwaltungsgesellschaften ursprünglich keine solche (abgemilderte) Anpassung angeboten, falls man sich in den Verhandlungen nicht einig werde, und auch die Nutzerverbände hätten eine langfristige Lösung bevorzugt. Die Verwertungsgesellschaften hätten die Bestimmung aber dennoch in den Tarif aufgenommen, um den Sendeunternehmen die aufgrund des grundlegenden Systemwechsels notwendigen Anpassungen zu erleichtern. Die Suisa habe jedenfalls ihre Kontrollen der unter dem bisherigen Tarif getätigten Abzüge verschärft und dabei feststellen müssen, dass einzelne Sender zu hohe Akquisitionskosten deklariert hätten. Beim Tarif A Fernsehen Swissperform könne die SRG von den Werbe- und Sponsoringeinnahmen die nachgewiesenen Akquisitionskosten bis zu einem Höchstbetrag von 20 Prozent abziehen. Die effektiv getätigten Abzüge lägen allerdings beträchtlich unter diesen 20 Prozent. Der Tarif A Fernsehen Swissperform gelte für den Zeitraum 2014 bis 2017. Demgegenüber sehe der beantragte GT S für die Tarifperiode 2015 bis 2017 gestaffelte, pauschale und damit nicht nachweispflichtige Abzüge von 25, 15 und 7 Prozent vor. Ziehe man auch noch

das Jahr 2014 in Betracht, in dem die privaten Sendeunternehmen Akquisitionskosten von bis zu 40 Prozent hätten abziehen können, seien die privaten Rundfunkveranstalter sicherlich nicht schlechter gestellt als die SRG.

- b) Nach Auffassung von Telesuisse würde der Wechsel zum Bruttoprinzip zu einem Verstoß gegen das Rechtsgleichheitsgebot von Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV, SR 101) und Art. 45 Abs. 2 URG führen. Eine korrekte Anwendung des GT S gestalte sich für die betroffenen Nutzer deutlich schwieriger als diejenige der Tarife A Radio Swissperform und A Fernsehen Swissperform für die SRG. Die SRG müsse keinen Zuschlag zur Abgeltung der Nutzung nach Art. 22c URG und Art. 24b URG bezahlen. Auch treffe die SRG im Gegensatz zu den durch den GT S betroffenen Nutzern keine Verpflichtung, sich die Einnahmen von Drittfirmen als eigene Einnahmen anrechnen zu lassen. Im Sinne einer «Eventualbegründung» machte Telesuisse geltend, der Tarifentwurf verstosse gegen den Grundsatz der Angemessenheit nach Art. 59 Abs. 1 und Art. 60 URG. Grössere Tarifierhöhungen müssten gemäss Praxis der Schiedskommission gestaffelt erfolgen, es sei denn, frühere Entschädigungen seien offensichtlich ungenügend gewesen oder es hätte ein gerechtfertigte Umstellung auf ein neues Berechnungssystem stattgefunden. Telesuisse macht geltend, der in Ziffer 22 vorgeschlagene «Vertragsrabatt» vermöge die Reduktion des Werbeakquisitionsabzugs von 40 auf 7 Prozent auch nicht ansatzweise zu kompensieren. Gemäss Berechnungen der Suisa würde die Änderung bei einzelnen Sendern unter Berücksichtigung des Rabatts zu einer Tarifabgabenerhöhung von bis zu 60 Prozent führen.

RRR und VSP bringen vor, das Bruttoprinzip finde bereits im aktuell geltenden GT S auf die Berechnung der Einnahmen Anwendung. Bezüglich der Akquisitionskosten für Werbung, Sponsoring, Mitteilungen und Anzeigen gelte jedoch eine Sonderregelung, für die sachliche Gründe sprächen. Damit solle die Gleichbehandlung der Sender, die die Werbeakquisitionskosten selbst wahrnehmen, mit jenen, die sie an Drittfirmen auslagerten, sichergestellt werden. Es sei nicht ersichtlich, weshalb dieser Abzug für private Sender nun plötzlich nicht mehr gelten solle. Die massive Herabsetzung des Abzugs für Werbeakquisitionskosten von 40 Prozent auf 7 bzw. 15 Prozent [Eventualantrag] im Jahre 2017 würde bedeuten, dass die privaten Sender

hinsichtlich der Nutzung von im Handel erhältlichen Ton- und Tonbildträgern für Radiosendungen unter Verstoß gegen Art. 45 Abs. 2 URG im Vergleich zur SRG ungleich behandelt würden. Entscheidend für das Bruttoprinzip sei, ob ein Geldbetrag in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Werknutzung stehe. Die hier relevanten in Ziffer 8.2 genannten Einnahmen würden aber gerade nicht bei den Sendunternehmen generiert, sondern bei Drittfirmen. Es stelle sich die Frage, ob die nach dem beantragten Systemwechsel deutlich höher ausfallenden Vergütungen noch angemessen im Sinne von Art. 60 URG wären. Aus dem Hauptbegehren der Verwertungsgesellschaften würden sich Erhöhungen von insgesamt 40 Prozent ergeben. Ein einzelner Sender hätte gar eine Erhöhung von 80 Prozent hinzunehmen. Diese Zahlen beruhten auf den Erhebungen der beiden Verbände VSP und RRR. Selbst wenn man auf die Modellrechnungen der Verwertungsgesellschaften abstellen wollte, würden sich für einzelne Sender Erhöhungen von bis zu 60 Prozent ergeben. Sprunghafte Erhöhungen eines bestehenden Tarifs seien zu vermeiden.

- c) Die Schiedskommission beurteilt die beantragten Änderungen bezüglich des Abzugs der Werbeakquisitionskosten und die Angemessenheit der Vergütungsansätze wie folgt:

Bemessungsansatz im Rahmen von Art. 60 Abs. 1 Bst. a URG ist grundsätzlich der Ertrag aus der vorgenommenen Nutzung, und zwar stets der Bruttoertrag ([unveröffentlichtes] Urteil des Bundesgerichts 2A.142/1994; 2A.173/1994; 2A.174/1994 vom 24. März 1995, E. 7 b), GT 4; MANFRED REHBINDER/ADRIANO VIGANÒ, Urheberrecht, Kommentar, 3. Aufl. 2008, Art. 60 N 2, mit weiteren Hinweisen). So hat das Bundesgericht festgehalten, dass der Preis für Eintrittsbillette einschliesslich des Kostenanteils für den Vorverkauf für die Darbietung eines Werkes bezahlt wird, weshalb ein unmittelbarer Zusammenhang zur Werkverwendung bestehe, da vom massgebenden Bruttoertrag für die Bemessung der urheberrechtlich geschuldeten Entschädigung auszugehen sei (Urteil des Bundesgerichts 2A.311/2002 vom 29. Januar 2003 GT K, E. 2.3.2 f.). Auch die Schiedskommission hat sich in ihrer Rechtsprechung klar zum Bruttoprinzip bekannt (vgl. Beschluss der ESchK vom 4. November 2013 betreffend den Tarif A Fernsehen [Swissperform], E. II./3.5 b), siehe dazu Urteil des Bundesgerichts 2C_394/2015 vom 4. Juni 2015). In dem soeben genannten Beschluss der Schiedskommission zugrundeliegenden Tarifgenehmigungsverfahren hatte die Swissperform angestrebt, den maximal abziehbaren Kostenanteil für die

Akquisition von Werbung von bisher höchstens 40 auf höchstens 20 Prozent der gesamten während eines Rechnungsjahres erwirtschafteten Einnahmen zu senken – mit der Begründung, der Abzug der Kosten für Werbe- und Sponsorenakquisitionen verstosse gegen das Bruttoprinzip. Mit dem Tarif werde als Übergangslösung eine Herabsetzung auf 20 Prozent beantragt. Damit solle eine sprunghafte Tarifierhöhung vermieden und ein sanfter Übergang zum Bruttoprinzip ermöglicht werden. Die Schiedskommission hielt in ihrem Beschluss fest, gestützt auf das Bruttoprinzip sei auch bei den Einnahmen aus Sponsoring und Werbung grundsätzlich von den Bruttoeinnahmen ohne Abzug der entsprechenden Akquisitionskosten auszugehen. Dies müsse selbst dann gelten, wenn die Verwertungsgesellschaften im Rahmen einer einvernehmlichen Lösung bis anhin mit einem Abzug der Akquisitionskosten einverstanden gewesen seien und diesen insoweit zugelassen hätten. Im Rahmen einer solchen Einigung werde das grundsätzlich zu beachtende Bruttoprinzip nicht aufgehoben. Es bestehe daher kein Anspruch der Nutzer auf einen Akquisitionskostenabzug. Da die Parteien unter sich aber auch eine andere Lösung vereinbaren könnten, sei nichts dagegen einzuwenden, dass die Swissperform der SRG weiterhin einen entsprechenden Abzug gewähre, der allerdings von 40 auf 20 Prozent gekürzt werde. Dem widerspreche auch nicht, dass unter dem geltenden Tarif A Suisa [2012–2017], unter dem Tarif A Radio Swissperform [2013–2016] sowie dem geltenden GT S ein höherer Abzug beansprucht werden könne. Denn dies entspreche dem von den Tarifparteien akzeptierten Verhandlungsergebnis (zum Ganzen: Beschluss der ESchK vom 4. November 2013 betreffend den Tarif A Fernsehen [Swissperform], E. II./3.6, siehe dazu Urteil des Bundesgerichts 2C_394/2015 vom 4. Juni 2015). Auch in seinem Urteil 2C_783/2013 vom 27. Februar 2014, E. 7.1 GT S, mit weiteren Hinweisen, hat das Bundesgericht nicht ausgeschlossen, dass über den Abzug von Werbeakquisitionskosten zwischen den Tarifparteien eines künftigen GT S neu verhandelt werde.

Es erscheint daher grundsätzlich gerechtfertigt, das Bruttoprinzip auch in Bezug auf die Werbeakquisitionskosten anzuwenden. Aus der oben erwähnten Rechtsprechung ergibt sich, dass keine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots vorliegt, wenn aufgrund eines von den jeweiligen Tarifparteien akzeptierten Verhandlungsergebnisses in den von der Schiedskommission genehmigten Tarifen unterschiedliche Regelungen für den Abzug von Werbeakquisitionskosten gelten. Entgegen des

von Nutzerseite erhobenen Einwands führt die Änderung auch zu keiner Ungleichbehandlung der Sendeunternehmen. Denn die gemäss Ziffer 9 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 vorgesehenen Pauschalabzüge stehen sowohl denjenigen zu, die selbst Werbeaufträge akquirieren, als auch denjenigen, die deren Akquisition an Dritte delegieren. Ferner hat die Regelung der Abzüge von Werbeakquisitionskosten des bisher geltenden GT S ein gewisses Missbrauchspotenzial offenbart, was nicht zuletzt mit Blick auf das Gleichbehandlungsgebot wenig förderlich ist (vgl. Stellungnahme der PUE vom 30. September 2014, S. 3).

Ein entsprechender Wechsel zu Gunsten des Bruttoprinzips muss nicht kostenneutral erfolgen, sollte aber nicht zu einem allzu sprunghaften Anstieg der von Nutzerseite zu entrichtenden Vergütung führen (Beschluss der ESchK vom 10. Dezember 2012 betreffend GT Y, E. 8, mit weiteren Hinweisen). Gelegentlich wurden in der Praxis der Schiedskommission jedoch grössere Erhöhungen genehmigt, falls sie gestaffelt erfolgen sollten. Auf eine gestaffelte Umsetzung kann unter Umständen verzichtet werden, wenn frühere Entschädigungen offensichtlich ungenügend waren oder wenn eine Erhöhung auf einer sachlich gerechtfertigten Umstellung auf ein neues Berechnungssystem beruht bzw. die Konsequenz einer gerechteren Urheberrechtsentschädigung ist (vgl. Beschluss der ESchK vom 10. Dezember 2012 betreffend GT Y, E. 8, mit Hinweisen auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung). Vorliegend ist aber keiner dieser Ausnahmefälle, in welchen eine sprunghafte Erhöhung in Kauf genommen werden könnte, einschlägig, zumal hier die Reduktion des Werbeakquisitionskostenabzugs lediglich vor dem Hintergrund eines im GT S bereits über weite Strecken Geltung beanspruchenden Bruttoprinzips geprüft wird. Deshalb ist die Möglichkeit des Abzugs von Werbeakquisitionskosten im Zusammenhang mit in den Ziffern 13 ff. des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 vorgesehenen Vergütungsansätzen zu beurteilen.

Allerdings ist der bei einer Genehmigung des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 zu erwartende Anstieg der von den Nutzern zu entrichtenden Vergütungen aufgrund der vorhandenen Beweismittel nicht leicht vorherzusagen. Dies hat denn auch die PUE in ihrer Stellungnahme vom 30. September 2014 festgehalten – selbst bezüglich der heutigen Ausgangsgrösse verbleibe gemäss der PUE ein bestimmtes Mass an Unsicherheit. Die PUE hat aber dennoch festgestellt, dass der GT S in der Fas-

sung vom 14. Mai 2014 zu einer erheblichen Steigerung der Tarifeinnahmen zwischen rund 40 Prozent (39,25 Prozent gemäss Tarifikalkulation von VSP und RRR in Beilage 1 zur gemeinsamen Stellungnahme von VSP und RRR vom 31. August 2014) und 20 Prozent (bis im Jahr 2017, gemäss Beilage 53 zum Gesuch der Verwertungsgesellschaften vom 23. Mai 2014, «Modellrechnung Radio») führen dürfte. Gemäss der Tarifikalkulation von VSP/RRR (Beilage 1 der gemeinsamen Stellungnahme von VSP und RRR vom 31. August 2014) kann der Anstieg im Einzelfall sogar bis zu 84 Prozent ausmachen (vgl. Beilage 1 zur gemeinsamen Stellungnahme von VSP und RRR vom 31. August 2014, «Radio 16»). Problematisch erscheint der sprunghaft zu erwartende Anstieg der von den Sendeunternehmen zu entrichtenden Vergütungen insbesondere aufgrund der grossen diesbezüglichen Unterschiede für die einzelnen betroffenen Nutzer (vgl. sowohl die Tarifikalkulation von VSP/RRR in Beilage 1 zur gemeinsamen Stellungnahme von VSP und RRR vom 31. August 2014 als auch die «Modellrechnung Radio» und die «Modellrechnung TV» der Verwertungsgesellschaften in den Beilagen 53 f. zur Tarifeingabe vom 23. Mai 2014).

Die Schiedskommission hält daher die in Ziffer 9 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 enthaltenen Abstufungen für unangemessen. Sie würde zu einer allzu sprunghaften Erhöhung der Vergütungen führen, die mit der einschlägigen Rechtsprechung unvereinbar wäre. Hingegen erscheint eine Abstufung, wie sie der Eventualantrag der Verwertungsgesellschaften vom 30. Oktober 2014 (vgl. oben E. I./8.) vorsieht, unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Abfederung den Anforderungen einer stufenweise und massvollen Erhöhung der Vergütung, die sich aus der Umsetzung des Bruttoprinzips ergibt, gerecht zu werden.

Die in den Ziffern 13 ff. des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 vorgesehenen Vergütungsansätze erscheinen für sich betrachtet angemessen, was im Übrigen von Seiten der Nutzer auch nicht in Abrede gestellt wird (vgl. dazu Beschluss der ESchK vom 4. November 2013 betreffend den Tarif A Fernsehen [Swissperform], E. II./4, mit weiteren Hinweisen, siehe dazu Urteil des Bundesgerichts 2C_394/2015 vom 4. Juni 2015).

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die Schiedskommission eine vollständige Streichung des Pauschalabzugs für Akquisitionskosten zur Verwirklichung des Bruttoprinzips in einem künftigen Tarif für grundsätzlich vertretbar hält. Ein solcher Schritt dürfte indessen bei der Prüfung der Angemessenheit der Vergütungsansätze nicht unberücksichtigt bleiben.

3.4. Verzeichnisse/Meldepflichten

- a) Die Verwertungsgesellschaften machen geltend, was die Deklaration der massgeblichen Daten betreffe, sehe der GT S vor, dass der «International Standard Recording Code» (ISRC) (vgl. Ziffer 31 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014) und die «International Standard Audiovisual Number» (ISAN) (vgl. Ziffer 34 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014) bloss zu melden seien, wenn sie vom Produzenten oder Lieferanten einer Aufnahme mitgeliefert werden könnten. Der Tarif schreibe weder ein bestimmtes Datenformat noch die Benutzung eines bestimmten Computerprogramms vor. Die Sendeunternehmen unterständen der Meldepflicht von Art. 51 URG, was die Einhaltung einer gewissen Ordnung bei der Datenmeldung einschliesse. Ziffer 44 des Tarifs bezwecke, die Verwertungsgesellschaften mit den erforderlichen Informationen zu versorgen, damit diese die Einnahmen unter den Berechtigten verteilen könnten. Auch dies sei durch Art. 51 URG abgedeckt.
- b) RRR/VSP bringen dagegen vor, ein System, bei welchem es den Nutzern obliege, entsprechende internationale Codes zu recherchieren, sei untragbar.
- c) Der GT S sieht in den Ziffern 31 bzw. 34 vor, dass ISRC und ISAN Suisa zu melden sind, sofern diese von den Lieferanten oder Produzenten von Aufnahmen erhältlich gemacht werden können. Gemäss der Praxis der Schiedskommission zu Art. 51 URG kann den Nutzern eine entsprechende Meldepflicht grundsätzlich auferlegt werden. Dies setzt allerdings voraus, dass die Angaben von den Lieferanten mitgeteilt werden und lesbar sind. Die Angaben müssen von den Systemen der Sender gelesen werden können. Eine Abschrift von Hand oder eine aufwändige Anpassung des Systems überschreitet die Zumutbarkeitsgrenze von Art. 51 URG (vgl. zum Ganzen den Beschluss der ESchK vom 4. November 2013 betreffend den Tarif A Fernsehen [Swissperform], E. II./ 3.7 b, insoweit rechtskräftig trotz des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts B-1298/2014 vom 30. März 2015). Folgende neuen Formulierungen der einschlägigen Tarifbestimmungen würden nach Auffassung der

Schiedskommission diesen Anforderungen entsprechen: Ziffer 31, Lemma 5: «ISRC der benützten Aufnahme (sofern dieser vom Lieferanten oder Produzenten der Aufnahme zum Zeitpunkt des Erhalts der Aufnahme in einem standardisierten importierbaren Format mitgeteilt wird)», bzw. Ziffer 34, Lemma 5: «ISAN-Nr. (sofern diese vom Lieferanten oder Produzenten der Aufnahme in einem standardisierten importierbaren Format mitgeteilt wird)». Der GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 ist zum Zweck der Genehmigung dahingehend zu ändern.

3.5. Meldepflicht der Radiosender für Werbespots mit Musik

- a) Sowohl Telesuisse (vgl. die Stellungnahme von Telesuisse vom 1. September 2014, Rz. 31, drittes Lemma) als auch RRR und VSP bringen vor, in Ziffer 32 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 müsse es anstelle von «Werbespots mit Musik» heissen: «Werbespots mit geschützter Musik». Denn es lasse sich keine Pflicht der Nutzer begründen, Werbespots mit nicht durch das URG geschützte Musik zu melden.
- b) Die Verwertungsgesellschaften sind dagegen der Auffassung, bei einer systematischen Auslegung von Ziffer 32 sei ohnehin klar, dass die Radiosender lediglich Werbespots deklarieren müssten, die geschützte Musik enthalten. Auf eine entsprechende Änderung sei daher zu verzichten.
- c) Die Schiedskommission hat bereits mit Beschluss vom 4. November 2010 betreffend GT S, E. II./10. f) entschieden, dass auf eine entsprechende Ergänzung verzichtet werden kann. Im Übrigen geht es auch nicht an, den Nutzern eine Prüfpflicht aufzuerlegen, ob ein bestimmtes Musikstück geschützt ist oder nicht. Dies trägt nicht zuletzt zur Entlastung der Nutzer von administrativen Aufgaben bei.

4. Regelung der Ermässigung

- 4.1. Ziffer 22 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 sieht unter dem Titel «Vertragsrabatt» vor, dass Sendern, die einen schriftlichen Vertrag mit Suisa abschliessen und die Bedingungen dieses Vertrags sowie des Tarifs einhalten, ein Rabatt von 5 Prozent gewährt wird.

- 4.2. Die Verwertungsgesellschaften machen in diesem Zusammenhang geltend, angesichts der Zweifel an einem Rabattsystem für vollständige Meldungen bei den Verhandlungspartnern, sei anstatt dessen ein Rabatt für den Abschluss und die Einhaltung von Lizenzverträgen vorgesehen (vgl. das Gesuch von Suisa vom 23. Mai 2014, N 47). Ein Rabatt von 5 Prozent sei auch im GT Y vorgesehen, der als einziger Tarif einen solchen Rabatt für die Verbreitungsrechte vorsehe. Die Verhandlungspartner hätten keinerlei Recht, eine höhere Ermässigung zu verlangen, als derzeit von den Verwertungsgesellschaften angeboten werde.
- 4.3. Telesuisse hegt grundsätzliche Bedenken gegen die Regelung der Ermässigung: Die Komplexität des Tarifs bei der Anwendung ergebe sich aus der grossen Anzahl enthaltener Bestimmungen, der Ersatzvornahme und des «Vertragsrabatts». Es stelle sich die Frage, was ein solcher Rabatt überhaupt bedeute. Die Nutzer seien gezwungen, zur Klärung dieser Frage einen Juristen beizuziehen. Die konkrete Ausgestaltung der Rabattgewährung sei als höchst unsicher anzusehen. Telesuisse befürchtet, dass einzelne heute nicht bekannte Vertragsklauseln zu einer weiteren Verschlechterung der Konditionen zulasten der Rundfunkveranstalter führen könnten. Diese könnten von den Verwertungsgesellschaften eingeführt werden, ohne dass die Schiedskommission kontrollierenden Einfluss nehmen könne oder die entsprechenden Verträge gar wie einen Tarif vorgängig genehmigen müsste. Zur Steuerung der Tarifhöhe erscheine die Ermässigung als untaugliches Instrument.
- 4.4. Ein Tarif muss unabhängig von der Gewährung einer Ermässigung angemessen sein (Beschluss der ESchK vom 10. Dezember 2012 betreffend GT Y, E. 2.11, S. 47). Ferner muss ein Rabatt nach Auffassung der Schiedskommission so geregelt sein, dass er für konkrete Leistungen der Nutzer gewährt wird. Gerade diese Leistungen bleiben aber angesichts der der Ziffer 22 des GT S in der Fassung vom 14. Mai 2014 vorgesehenen Regelung unklar, weil der Inhalt des Vertrags ungewiss bleibt. Die Schiedskommission spricht sich deshalb dafür aus, für die Ermässigung im GT S denselben Wortlaut zu wählen, wie er vor den Änderungen vom 8. Januar 2014 im Entwurf zu finden war (vgl. Beilage Nr. 31 zum Genehmigungsgesuch vom 23. Mai 2014, Ziffer 22). Demnach sollen Sender, die ihr System auf die neuen Meldepflichten gemäss Bst. G ausrichten und korrekt und rechtzeitig tarifkonform melden, auf der Abrechnung einen Rabatt von 5 Prozent erhalten.

5. Bezüglich der restlichen Bestimmungen des vorgelegten GT S kann die Schiedskommission auf eine weitergehende Prüfung gemäss Art. 59 f. URG verzichten, da diese von Seiten der Nutzer nicht bestritten sind und auch keine gewichtigen Anzeichen vorliegen, die gegen die Annahme von deren Angemessenheit sprechen (vgl. das Urteil des Bundesgerichts vom 7. März 1986, E. 5 b), veröffentlicht in: EIDGENÖSSISCHE SCHIEDSKOMMISSION FÜR DIE VERWERTUNG VON URHEBERRECHTEN (Hrsg.), *Entscheide und Gutachten*, 1981–1990, S. 183 ff., S. 190 sowie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Februar 2011 *GT 3c*, E. 6.2, S. 17 f.).
6. In ihrer Eingabe vom 31. August 2014 haben VSP und RRR angeboten, die anonymisierten Radiosender bei ihrer Tarifikalkulation (Beilage 1 zur gemeinsamen Stellungnahme von VSP und RRR vom 31. August 2014) gegenüber der Schiedskommission offenzulegen und/oder deren handlungsberechtigte Vertreter als Zeugen aufrufen zu lassen. Diesen Beweisantrag haben VSP und RRR an der heutigen Verhandlung formell wiederholt. Unabhängig von der Frage, ob die Schiedskommission überhaupt noch Anlass hätte, weitere Sachverhaltsabklärungen vorzunehmen, ist diesbezüglich anzumerken, dass eine Zeugeneinvernahme gemäss Art. 14 VwVG bloss anzuordnen ist, wenn der Sachverhalt nicht mit anderen Mitteln hinreichend abgeklärt werden kann. Ferner werden die Schiedskommissionen im geltenden VwVG gemäss der Aufzählung in Art. 14 Abs. 1 VwVG nicht mehr im Zusammenhang mit den Behörden genannt, die Zeugeneinvernahmen anordnen können (vgl. PHILIPPE WEISSENBERGER/BERNHARD WALDMANN in: *Waldmann/Weissenberger* (Hrsg.), *VwVG Praxiskommentar zum Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren*, Zürich/Basel/Genf 2009, Art. 14 N 24). Weder das URG noch die URV gestehen der Schiedskommission diese Kompetenz zu. Auf eine Zeugeneinvernahme ist daher zu verzichten (vgl. zum Ganzen: Beschluss der ESchK vom 17. November 2011 betreffend den *Gemeinsamen Tarif 4e* [GT 4e 2010–2011]).
7. Gestützt auf Art. 59 Abs. 2 URG in Verbindung mit Art. 15 Abs. 1 URV erhielten die Parteien anlässlich der heutigen Sitzung nochmals Gelegenheit, zu den vorgesehenen Änderungen Stellung zu nehmen. In der Folge wird der von Suisa und Swissperform vorgelegte GT S mit den von der Schiedskommission vorgenommenen Änderungen genehmigt.
8. Die heute beschlossenen vorsorglichen Massnahmen werden mit separater Verfügung eröffnet. (Verfügung der ESchK vom 10. November 2014 betreffend vorsorgliche Massnahmen, *Gemeinsamer Tarif S* [GT S].)

9. Die Gebühren und Auslagen dieses Verfahrens richten sich nach Art. 16a Abs. 1 und Abs. 2 Bst. a und d URV und sind gemäss Art. 16b URV von den beteiligten Verwertungsgesellschaften unter solidarischer Haftung zu tragen. Sie betragen Fr. 2500.– (Gebühr) plus Fr. 6495.– (Auslagen). Damit sind auch die Kosten für die angeordneten vorsorglichen Massnahmen abgegolten.

III. Demnach beschliesst die Eidg. Schiedskommission:

1. Der *Gemeinsame Tarif S* (Sender) wird in der Fassung vom 14. Mai 2014 mit der vorgesehenen Gültigkeitsdauer vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 mit der in Ziffer 46 vorgesehenen Verlängerungsklausel und den folgenden Änderungen genehmigt:
 - 1.1. Ziffer 9: «Vom Werbeertrag nach Ziffer 8.1 und 8.2 können für die Ermittlung des für die Vergütungsberechnung massgeblichen Ertrags die folgenden Abzüge getätigt werden:
2015: 25% des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrags
2016: 20% des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrags
ab 2017: 15% des nach Ziffer 8.1 und 8.2 berechneten Werbeertrags»
 - 1.2. Ziffer 22: Neuer Titel und Wortlaut:
«Rabatte für vollständige Meldungen
Sender, welche ihr System auf die neuen Meldepflichten gemäss Buchstabe G einrichten und korrekt und rechtzeitig nach diesen Meldepflichten melden, erhalten auf der Abrechnung einen Rabatt von 5%.»
 - 1.3. Ziffer 31, Lemma 5: «ISRC der benützten Aufnahme (sofern dieser vom Lieferanten oder Produzenten der Aufnahme zum Zeitpunkt des Erhalts der Aufnahme in einem standardisierten importierbaren Format mitgeteilt wird)»
 - 1.4. Ziffer 34, Lemma 5: «ISAN-Nr. (sofern diese vom Lieferanten oder Produzenten der Aufnahme in einem standardisierten importierbaren Format mitgeteilt wird)»
2. Den am GT S beteiligten Verwertungsgesellschaften Suisa und Swissperform werden die Kosten des Genehmigungsverfahrens auferlegt, bestehend aus einer Spruch- und Schreibgebühr von Fr. 2500.– und dem Ersatz der Auslagen von Fr. 6495.–, total Fr. 8995.–. Sie haften dafür solidarisch.
3. Schriftliche Mitteilung an:
 - die Mitglieder der Spruchkammer
 - Suisa, Zürich (Einschreiben mit Rückschein)
 - Swissperform, Zürich (Einschreiben mit Rückschein)
 - Association Suisse des Radios Numériques (ASROC), Case Postale 167, 1226 Thônex (Einschreiben mit Rückschein)
 - IG Schweizer Internetradio (ISI), Verband der Schweizer Webcaster, Zumikon (Einschreiben mit Rückschein)

- Telesuisse, vertreten durch Lexpartners.mcs, Advokaten & Notare, Basel (Einschreiben mit Rückschein)
- Union nicht kommerzorientierter Lokalradios (UNIKOM), Basel (Einschreiben mit Rückschein)
- Radios Régionales Romandes (RRR) sowie Verband Schweizer Privatradios (VSP), beide vertreten durch Frau RA Nicole Emmenegger, Markwalder Emmenegger, Bern (Einschreiben mit Rückschein)
- die Preisüberwachung PUE (zur Kenntnis)

Eidg. Schiedskommission für die Verwertung von
Urheberrechten und verwandten Schutzrechten

Der Vizepräsident: Der Kommissionssekretär:

Carlo Govoni

Andreas Stebler

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen nach Eröffnung beim Bundesverwaltungsgericht (Postfach, 9023 St. Gallen) Beschwerde geführt werden¹. Die Rechtsschrift hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift zu enthalten. Der angefochtene Entscheid und die Beweismittel sind, soweit sie die beschwerdeführende Partei in Händen hat, beizulegen².

¹ Art. 74 Abs. 1 URG in Verbindung mit Art. 33 Bst. f und Art. 37 VGG sowie Art. 50 Abs. 1 VwVG.

² Art. 52 Abs. 1 VwVG.